

→ **Konstitution und Realisierung einer Sozialstaatswirtschaft (S. 537–545)****9.6 Konstitution und Realisierung einer Sozialstaatswirtschaft****Sozialstaatswirtschaft als politisch-ökonomische Formierung**

Nachdem sich marxistische Ökonomen mehr als ein Jahrhundert intensiv und Streitbar mit Fragen wie „Verwandlung der Warenwerte in Produktionspreise“, „Ausgleichung der allgemeinen Profitrate“ (MEW 25: 164 ff.), der Tendenz zum „Fall der Profitrate“ (MEW 25: 249) und dem „Krisenkapitalismus“ beschäftigt haben, wäre es dringend notwendig, sich jetzt der Frage zu stellen: Welche Reproduktionsordnung und Wertformbildungen, welche gesellschaftlichen Institutionen und Dispositionen konstituieren eine Wirtschaftsweise, die ein anderes „gesellschaftlich-ökonomisches Kalkül“ beseelt und ein „assoziierter Verstand“ (MEW 25: 267, 456) regieren kann, in der also das anonyme Dirigat des kapitalwirtschaftlichen Verwertungs-, Akkumulations- und Wachstumszwangs seine Macht verloren hat?<sup>1</sup>

„Setzen Sie bestimmte Stufen der Entwicklung der Produktion, des Verkehrs, der Konsumtion, und Sie erhalten eine entsprechende Form sozialer Konstitution“ (Marx an Annenkow, 28. Dezember 1846): Im Zuge der im vorhergehenden durchgeführten Transformationsanalytik geriet eine auf der Stufe der sozialkapitalistischen Gesellschaftlichkeit andrängende Neuformierung der Wert- und Reproduktionsverhältnisse und damit der ganzen Praxisformierung in den Blick. Es geht jetzt um die Freisetzung oder um Geburtshilfe für diese latent, im Schoße des Bestehenden angelegte, konkrete Alternative einer „Sozialstaatswirtschaft“. Der Begriff markiert den Unterschied zu einer „Zentralplanwirtschaft“. Er kann zugleich, probenhalber und provokativ, die unter der Decke einer sogenannten freien oder „sozialen Marktwirtschaft“ andrängende höhere Formbildung bezeichnen. Schließlich stellt diese Formierung die eigentliche Systemalternative im Verhältnis zur neoliberal radikalisierten Kapitalwirtschaft dar, in der sich gleichwohl die „trinodale“, entwicklungsfähige sozial-infrastrukturelle Konfiguration ausgebildet hat.

Ein wesentlicher Grundzug dieser Formierung besteht in ihrer relativen Selbstbezüglichkeit, insofern die sozialwirtschaftlichen Dienste keine weltmarktgängigen Waren darstellen, sondern die sozial-infrastrukturelle Basis oder das zivilisatorische Gehäuse der jeweiligen Wirtschafts- und Kulturgesellschaft. Die sozialstaatswirtschaftliche Umorientierung ermöglicht eine Ausrichtung auf die Verdichtung und Verstärkung dieser Dimension, die vor allem auch auf der Ebene der kommunal verfassten urbanen Praxis das Leben spürbar verbessern kann. So kann sich eine Gesellschaft, die diesen Weg beschreitet, im Verhältnis zu ihrer weltkapitalistischen Verflechtung und Offenheit relativ konsolidieren und sozial-zivilisatorisch emanzipieren. Darin liegt auch die konsequente Antwort auf die in den ersten Dekaden und Krisen des 21. Jahrhunderts eingeleitete „Rückschlag“ der neoliberalen Globalisierung, der ansonsten die Dekadenz und Chaotisierung der überlebten liberalistisch-kapitalistischen Welt beschleunigen wird.

Die Sozialstaatswirtschaft ist ein strategisches Konzept der politischen Ökonomie. Ihre Freisetzung erfordert vor allem die konsequente Veranschlagung einer Kapitaltransfersteuer, das heißt eine Fiskalrevolution. Es handelt sich hierbei nicht um einen beliebigen weiteren Vorschlag für den „besteuernden Staat“, sondern um den Eingriff an einem zentralen Knotenpunkt der modernen Systemverhältnisse, dessen Bedeutung aus ganz spezifischen theoretischen und historischen Gründen

---

<sup>1</sup> Charles Bettelheim hatte in den 70ern versucht, mit der „Definition der Problematik“ eines „gesellschaftlich-ökonomischen Kalküls“ wenigstens „einen Anfang zu machen“, sich aber trotz seiner inventiven Energie in der Plan-Markt-Debatte und im Sozialismusdenken seiner Zeit verfangen (vgl. Bettelheim 1972: 31 f., 153 ff.).

nicht leicht zu erkennen ist. Dieser operative Eingriff kann am Beginn einer Umstimmung und schließlich Überschreitung der sozialkapitalistischen Verhältnisse stehen.

In deren Folge wird der Staat tendenziell aus der Verschuldungsfalle befreit, politisch-ökonomisch handlungs- und interventionsfähig. Somit wird die Ausfaltung oder Emanzipation der administrativen, sozial-infrastrukturellen und kulturellen oder alles in allem „sozialwirtschaftlichen Dienste“ aus der kapitalwirtschaftlichen Einklammerung und Fehlsteuerung möglich. Der Systemsprung hat auch für den Bereich der industriewirtschaftlichen Warenproduktion weit reichende Konsequenzen bezüglich der noch bestehenden, praxeologisch und historisch inadäquaten Steuer-, Rechts- und Eigentumsverhältnisse. Damit ist etwa auch eine legitime Reformierung der Unternehmensverfassungen und anderer sozial-ökonomischer Institutionen im gesellschaftlichen Maßstab verbunden. Entscheidend ist das dadurch mögliche koaktive, paritätische, funktionsfähige Zusammenspiel innerhalb der trinodalen Praxisformierung, das heißt zwischen der industriewirtschaftlichen Warenproduktion und den sozialwirtschaftlichen Diensten unter der Ägide des modernen Steuer-, Rechts-, Sozial- und Nationalstaats.

Der mit der sozialkapitalistischen Formierung im 21. Jahrhundert erreichte hohe Grad realer Vergesellschaftung erfordert in der Tat eine Renaissance des Gesellschaftlichen und seiner sozialorganisatorischen Realisierung. Für die Sozialstaatsform bedeutet dies die Notwendigkeit rechtlicher, fiskalischer, insgesamt sozioökonomischer Ermächtigung im Verhältnis zum liberalistisch „entbetteten“ kapital- und finanzwirtschaftlichen Getriebe und in Gegenstellung zur „Ideologie des Liberalismus“ und dessen „globale Geokultur“ (Wallerstein 2002a: 56). Deren Kernstück ist die „neue Ideologie neoproprietaristischen Typs“, die „im Zeitalter der Großindustrie, der internationalen Finanzmärkte und heute der Digitalwirtschaft“ (Piketty 2000: 1185, 1192) vorherrscht.

Für den wirtschafts- und gesellschaftsgeschichtlichen, zivilisatorischen Fortschritt spielen Grundfragen des *ökonomischen Werts*, der innerlich proportionierten Wertverhältnisse und spezifischen Wertformbildungen der ökonomischen Praxisformierung eine ausschlaggebende Rolle, daher die Wiederaufnahme dieser Fragen. Die sozioökonomische, wertgegenständlich vermittelte Praxis ist die zentrale, tragende und überall hindurchgehende Ebene der gesellschaftlichen Praxis. Jegliche Gesellschaftswissenschaftlichkeit ohne einen entsprechenden integralen, das heißt auch und denknotwendig praxiswissenschaftlichen Ansatz ist nur noch ein Unding: Die Abkehr des pervertierten wirtschaftswissenschaftlichen Mainstreams von entsprechenden objektiv-realen, effektiven Sinnimplikationen dieser wertgegenständlich vermittelten ökonomischen Praxizität, damit überhaupt vom „historischen und vorübergehenden Charakter“ aller gesellschaftlicher Reproduktionsformen, zeichnete sich als theoriegeschichtlich rekonstruierbare, verheerende und verdummende Fehlentwicklung ab. So bleibt etwa der in der kapitalistischen Reproduktionsordnung verankerte und *systemisch unaufhebbare* Wachstumszwang, der die Welt bewegt, blendet und progredient ruiniert, im liberalistischen Mainstream nicht nur unerklärt und unangefochten, sondern wird noch durch Glaubensartikel in Lehrbuchform zur Anbetung erhoben. Weitergehend mündeten die Überlegungen in die versuchsweise Bestimmung der Wertformen und Wertgesetzlichkeit einer sozialstaatswirtschaftlichen Sozioökonomie.

Der Grundlagenstreit über die Konzeption des ökonomischen Werts steht damit zur Entscheidung an: Indem die Analytik und Konzipierung der realen Systemalternative nur wert-, reproduktions- und transformationsanalytisch möglich ist und sich eben daraufhin auch praktisch beweisen könnte. In dieser Praxisperspektive eröffnet sich ein neuer „Rechtshorizont“ für die politisch-ökonomischen Institutionen und für die praktische Einhegung oder Aufhebung des Verwertungs- und Wachstumszwangs. Die nötige rationelle betriebliche Kalkulation, Wirtschaftsrechnung und Bilanzierung bleibt selbstverständlich, aber aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Reproduktionsordnung werden Überschüsse nicht als Mehrwert abgepresst, sondern repräsentieren gesellschaftlich mögliche Ersparnisse [497]. Die falsche Problemstellung „Plan“ oder „Markt“ findet in einer sozialstaatswirtschaftlich eingebetteten Marktökonomie ihre Lösung. Zugleich werden die kapitalwirtschaftlichen, sozialwidrigen Übergriffe auf die Sphäre der sozialwirtschaftlichen Dienste beendet: Wenn die selbstfahrende Motorik der „Plusmacherei“ (MEW 23: 647) derart entschärft oder stillgelegt ist, muss man wieder Menschen ans Steuer setzen. Jetzt gehörten gesellschaftliche Planungsverfahren, kollektive Entscheidungen, Regulierungen und sachhaltige Zielsetzungen verschiedenster Art zum notwendigen Bestandteil eines nicht mehr kapital-ökonomischen, sondern *gesellschaftlich-ökonomischen* Kalküls.

Das damit mögliche haushälterische Wirtschaften mag an die Figur von „boni patres familias“ erinnern, die wissen, dass ihr Haus auf der Erde steht und fällt, die entschieden nach einer Sicherung und Verbesserung der Lebensumstände der Gemeinschaft trachten und dabei auch an die Nachkommenden Generationen denken (MEW 23: 528 ff.; MEW 25: 782, 784). Wenn sich also waren- oder sozialwirtschaftliche Hausgeister im veränderten Gesamtzusammenhang innovativ verhalten und um bessere Angebote und Lösungen für gesellschaftliche Bedürfnisse und Probleme wetteifern, hat das bestimmt nichts damit zu tun, dass sie einem Profitdenken, Konsum- und Wachstumsfetisch verfallen sind oder einen Exportzwang bedienen. Stattdessen wäre es ihnen möglich, menschlich-gesellschaftliche Belange auf einer entspannten wirtschaftlichen Grundlage zur Geltung zu bringen.

Die anvisierte Umstimmung des wirtschaftlichen Lebens erstreckte sich wesentlich auf Fragen der Arbeitszeit und des Arbeitslebens, der Nichtarbeits- oder Lebenszeit und sozialen Sicherheit unter allen diesen Umständen: Der diesbezügliche beständige Druck auf das variable Kapital und seine Humangestalten, der sich von der Jugend bis ins Alter und zur Rente durchzieht, war im Wesentlichen durch die kapitalwirtschaftliche Wachstumszwangswirtschaft veranlasst. Die gewonnene größere Kontrolle über die Arbeits- und Lebensumstände würde sich auch in der Gestaltung der Naturverhältnisse, des Verhältnisses zur eigenen Naturhaftigkeit und zur gesamten Umwelt als dem exoterischen „Leib des Menschen“ (MEW 40: 516 f.) verwirklichen können. Eine wirksame, durchgreifende Ökologie der gesellschaftlichen Praxis ist offenkundig nur jenseits der Kapitalökonomie und auf Basis einer rationalen, haushälterischen Wirtschaftsweise möglich.

Zur Verwirklichung solcher praktischer sozioökonomischer Vernunft braucht es eine entsprechende Durchsichtigkeit des politisch-ökonomischen Prozesses oder „Wirtschaftsinformationen“. In dieser Hinsicht hat Pikettys Transparenzinitiative bezüglich der Eigentums- und Einkommens-, der Steuer- und Finanzverhältnisse, die bis zum „Problem der Politikfinanzierung“ reicht, vermutlich schon einigen Schrecken eingejagt: „Die beste Lösung wäre die Einrichtung eines öffentlichen Finanzkatasters“ für die „Staaten und Steuerbehörden“, damit diese „alle notwendigen Informationen“ austauschen können (Piketty 2020a: 1216, 1250 ff.). In der Tat läge eine höheren Transparenz des gesellschaftlichen Reproduktions- {498} und Praxisgeschehens im Bereich des Möglichen: Eine betriebs- und volkswirtschaftlich abgestimmte, dynamische und mit virtuellen Szenarien operierende gesellschaftliche Informatik als Grundlage gesellschaftlicher Entscheidungsfindung und vorausschauenden Handelns. Im Verhältnis dazu stellten die heutige Volkswirtschaftliche Statistik und Gesamtrechnung oder die Prognosen von Wirtschaftsinstituten und sogenannter Wirtschaftsweiser ein problematisches und relativ unaufgeklärtes Instrumentarium aus kapitalwirtschaftlicher und finanzkapitalistischer Vorzeit dar.

Warum sollte man daran zweifeln, dass im Zuge der Neuordnung, wenn das „Kapital“ nicht mehr die „alles beherrschende ökonomische Macht“ (MEW 42: 41) darstellt, eine durch Kooperation und Wetteifer, Wissenschaft und Kompetenz, Partizipation und Solidarität qualifizierte, praktische Vernunft im gesellschaftlichen Intellekt die Oberhand gewinnt und die realen Verhältnisse lebenswerter, egalitärer und friedlicher werden? Entsprechende Vernunftgestalten sind ja vorhanden und wirken mit, wenn auch noch zerstreut, in Initiativen und Experimenten, oder im offenen Widerstand gegen die entfremdende kapitalistische Praktizität, Denkwelt und die damit damit verknüpften, unerträglichen Weltzustände. Dazu käme jetzt eine emanzipierte, aufklärerische Wissenschaft der politischen Ökonomie oder dialektische Sozioökonomie, die auf eine freiere, nach vorne offene Entwicklungsform gesellschaftlicher Arbeit, Reproduktion und Praxis orientiert. Die entsprechende sozialstaatswirtschaftliche Praxisformierung ermöglichte ein motiviertes, rationelles, haushälterisches Wirtschaften von homines politici et oeconomici, die endlich eine wissensbasierte, gemeinsame Kontrolle über ihre Praxis von Arbeit und Leben und ihre Zukunft gewonnen haben.

Jene „Akkumulation um der Akkumulation, Produktion um der Produktion willen“, das ökonomische Gesetz und die Obsession der „Bourgeoisperiode“ (vgl. MEW 23: 621), wäre dann noch als Lehrstück einer endlich überwundenen Wirtschaftsgeschichte, zunächst auch noch durch ihre desaströsen Hinterlassenschaften und Folgewirkungen präsent: Ohne die Neuordnung in der zunächst erreichbaren Form einer Sozialstaatswirtschaft kann auch deren vernünftige Aufarbeitung nicht gelingen.

## Zur weiter nötigen Forschungsarbeit an der Systemalternative

{499} Alle Erfahrungen des zurückliegenden Jahrhunderts und die gegenwärtige Problemlage führen zu dem Schluss: Solange nicht gesagt werden kann, wie der ökonomisch-politische Prozess wirklich und zuverlässig anders konfiguriert werden und auf ein historisch und zivilisatorisch höheres Niveau gebracht werden kann, werden die Angriffe gegen das eher schlecht als recht Bestehende, gegen die Unerträglichkeit des kapitalistischen Seins weiter abprallen. Die vielfältigen Ideen und Initiativen für Alternativen und zukunftssträchtige Experimente, die in alle denkbaren Richtungen gehen, laufen Gefahr im Sand zu verlaufen oder an die kapitalozäne Wand zu fahren: Ohne Bezugnahme auf eine sich abzeichnende Systemalternative ist die Orientierung in den Prozessen kapitalistischer Krisenbewältigung - vor allem im Hinblick auf die digitale Modernisierung und Programme für ein synthetisch grünes, im Sinne von „Nachhaltigkeit“ getrimmtes kapitalwirtschaftliches Wachstum - kaum möglich.<sup>2</sup>

In dieser positiven Dimension weist die traditionelle politische Ökonomie einen Entwicklungsrückstand von etwa einem Jahrhundert auf, der auch mit einer Auszehrung der dialektisch-praxiswissenschaftlichen Denkgrundlagen zu tun hat: Eine diesbezüglich entkernte „Kritik“ der politischen Ökonomie konnte es zu keiner konkreten Alternative bringen. Das alles spielt auch bei der Verkennung des formationellen Charakters des latenzhaltigen Sozialkapitalismus herein und führt im weiteren zu grundlegenden Orientierungsproblemen, vor allem was die Rolle der Nationalökonomie und überhaupt des Nationalen betrifft. Um das Kernproblem von der Wurzel her anzugehen, war der Rekurs auf die wert-, reproduktions- und praxisanalytische *Forschungsmethode* nötig, die bei der Orientierung innerhalb der „dialektischen“ *Darstellung* des Kapitalwerks und bei den Kapitallektüren vernachlässigt wurde.

Ein solcher grundlagentheoretisch reflektierter, ganz gegenwärtiger, positiv lösungsorientierter Ansatz ist nötig, will man nicht nur kritisch gegen den Strom schwimmen, demonstrativ und insular experimentieren oder gar, an Spieltischen des Geschichtsdenkens, auf das Eintreten „emanzipatorischer Katastrophen“ oder auf Systemzusammenbrüche wetten: „Ausgeschlossen kann werden, dass die unmittelbaren Wirtschaftskrisen von sich aus fundamentale Ereignisse hervorbringen; sie können nur einen günstigeren Boden für die Verbreitung bestimmter Weisen bereiten, die für die ganze weitere Entwicklung des staatlichen Lebens entscheidenden Fragen zu denken, zu stellen und zu lösen.“ (Gramsci 1996: 1563). So sollte hier zunächst ein Hauptschlüssel zur Wegfindung in der äußerst verwirrenden und schwierigen, politisch-ökonomischen Praxis- und Prozesswirklichkeit unserer Zeit an die Hand gegeben werden: Ein Masterplan oder ein „Auspinseln“ der Zukunft (Bloch 1978: 364) steht nicht an. In diesem Sinne geht es in den folgenden Abschnitten noch darum, das zunächst notwendige abstraktive Niveau der Analytik ein gutes Stück weit aufzuheben und die Erkenntnisse so zu übersetzen, dass praktische Ansatzpunkte und Orientierungen einer geburtshelferischen, emanzipativen Praxis und Politik sichtbar werden.

{500} Auf diesem Weg zur Konkretisierung oder auch Realisierung des entwickelten Kernkonzepts einer Sozialstaatswirtschaft sollte von vornherein klar sein, dass man sich auch das wesentlich veränderte wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben nur als ein in vielerlei Hinsicht *gemischtes System*, als Ensemble verschiedenartiger Formbildungen und Übergangsformen vorstellen kann, das seine eigenen Widersprüche oder auch „regelnden Gesetze“ (MEW 23: 26) aufweist. Bei aller Vielfalt bleibt aber die Grundeinsicht: „In allen Gesellschaftsformen ist es eine bestimmte Produktion“, deren Formen und Verhältnisse allen übrigen mitexistierenden Gestaltbildungen „Rang und Einfluss anweist. Es ist eine allgemeine Beleuchtung, worin alle übrigen Farben getaucht sind und [die] sie in ihrer Besonderheit modifiziert.“ (MEW 42: 40). Das Anliegen ist hier, diese „bestimmte historische Form“ (vgl. MEW 26.1: 257), die Konstitutionsbedingungen und die Konsequenzen einer höher entwickelten *sozioökonomischen Kernstruktur* alias *Sozialstaatswirtschaft* zu identifizieren.

Hier konnte die Aufgabe zunächst nur darin bestehen, mit begründeten und hinreichend handfesten Vorschlägen zur Diskussion und vor allem zu koaktiven und kooperativen Forschungsanstrengungen anzuregen: Diese betreffen einerseits die Herausarbeitung eines dialektisch-praxistisch fundierten

---

<sup>2</sup> Zur Ideologie des neuen Entwicklungszyklus des Kapitalismus gehört ein „New Deal“ oder auch, nach dem Lockdown, ein „Great Reset“. Die Gegenrede für eine „sozial-ökologische“ Reform verrät grundlegende „politisch-ökonomische“ Mängel, weswegen auch ein „radikaler Green New Deal“ (Naomi Klein 2019) so kaum gelingen kann. Der „Europäische Green Deal“ macht alles noch verwirrender, oder vielmehr klarer. So ähnelt der Green Capitalism (vgl. Smith 2016) dem Trichter des Ameisenlöwen, in den man unversehens hineinfällt.

sozioökonomischen Paradigmas im Horizont einer integralen, „historischen Sozialwissenschaft“: Wenn man so will ein „socioeconomy project“. Andererseits geht es um die weitere Klärung des Konzepts einer Sozialstaatswirtschaft mit Blick auf die vielfältig umgehenden alternativen Theorien und Konzepte, Experimente oder Übergangsformen. Das ist keine Aufgabe. {501} nur für Legislaturperioden, denn die Übergangsprozesse weisen in der Ära des multipolaren, vieldimensionalen, widersprüchlichen Weltgeschehens einen gesellschaftsgeschichtlichen Horizont auf (vgl. Wallerstein/Müller 2010).

### Die Nähe des Sozialismus in der Übergangszeit

Die Betonung des gesellschaftsgeschichtlichen Charakters der Übergangsperiode und der in Gang gekommenen Umwälzungen verschiebt die Frage nach der Alternative keineswegs unabsehbar nach vorne, sondern stellt sie ganz in der Gegenwart: Die erste Frage lautet jetzt nicht mehr, was ist *nach dem* oder *jenseits* des Kapitalismus, sondern zunächst, was existiert *innerhalb* der sozialkapitalistischen Praxisformierung als eine mehr oder weniger latent existierende und andrängende, positive Alterität. Das heißt, dass keine freihändige „Konstruktion der Zukunft“ möglich oder nötig ist, sondern dass das hier eingekreiste Neue vorkonfiguriert „im Schoße“ der bestehenden Praxis- und Prozesswirklichkeit vorhanden ist.

Dieser Ansatz verschiebt den Fokus und ändert die Methode auch im Verhältnis zu nahestehender Systemkritik und zu nahverwandten Untersuchungen gesellschaftlicher „Transformation“. Insofern das Neue also in bestimmter Hinsicht existiert und so auch wissenschaftlicher Erkenntnis zugänglich ist, habe ich einmal provokativ von der „Nähe des Sozialismus“ gesprochen, freilich noch wie „hinter Panzerglas“ (Müller 2015).

Das soll provozieren, ist als Weckruf gegen Defätismus und Resignation gemeint und bestimmt auch die politische Perspektive grundlegend: Bei der erhofften „sozialen Revolution“ handelt es sich jetzt um ein permanentes Politikum: Es geht im Wesentlichen um Akte einer *Geburtshilfe*, „wenn es sein muss eben durch Kaiserschnitt“, für die konkret andrängende politisch-ökonomische Formierung einer *Sozialstaatswirtschaft*.

Indem diese Praxisformierung den kapitalistischen Wachstumszwang tendenziell aufhebt und einen neuen Rechtshorizont eröffnet, bildet sie die Grundvoraussetzung für eine mögliche zivilisatorisch höhere, *assoziative Gesellschaftlichkeit*. {502}



Empfohlene Zitierung: Horst Müller, **Das Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert**. Karl Marx und die Praxisdenker, das Praxiskonzept in der Übergangsperiode und die latent existierende Systemalternative. **2. vollständig überarbeitete und ergänzte Auflage, Norderstedt 2021**. Auszug des Abschnitts 9.6 Konstitution und Realisierung einer Sozialstaatswirtschaft. S. 537-545. Seitenzahlen der 1. Auflage {123} Stand: 13.07.2021

Kontakt zum Autor: [dr.horst.mueller@t-online.de](mailto:dr.horst.mueller@t-online.de)

Webseite: <https://www.praxisphilosophie.de/>

Weitere Informationen zur Publikation:

[https://www.praxisphilosophie.de/das\\_konzept\\_praxis\\_im\\_21\\_jhd\\_312.htm](https://www.praxisphilosophie.de/das_konzept_praxis_im_21_jhd_312.htm)